

Chef des Bundeskanzleramtes und
Bundesminister für besondere Aufgaben
Wolfgang Schmidt
11012 Berlin

Per E-Mail: wolfgang.schmidt@bk.bund.de

Berlin, den 24. Mai 2024

Sehr geehrter Herr Bundesminister, lieber Herr Schmidt,

am 24. Mai 2024 hat der Rat trotz großer Kritik aus der Wirtschaft dem Text der europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) zugestimmt. Auch wenn zuletzt einzelne Verbesserungen am Richtlinienentwurf erreicht werden konnten, geht die Richtlinie über das ambitionierte und bereits in der betrieblichen Umsetzung befindliche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) hinaus.

Mit der Billigung der CSDDD ist es aus Sicht der Wirtschaft daher essenziell, dass die Bundesregierung zügig gleiche Wettbewerbsbedingungen für deutsche Unternehmen im Binnenmarkt sicherstellt und das LkSG bis zum Beginn der Anwendungsfristen der CSDDD aussetzt. Eine nationale Gesetzgebung aufrecht zu erhalten, während in fast allen anderen EU-Mitgliedstaaten eine derartige Regelung noch gar nicht existiert, schafft eindeutig Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft.

Grundsätzlich sollte die Zeit der Umsetzung der Richtlinie dafür genutzt werden, eine bürokratiearme und praxistaugliche Anwendung zu ermöglichen. Die Bundesregierung muss die Verbände dabei frühzeitig einbeziehen. Insbesondere gilt es, die administrativen Lasten für Unternehmen im Vergleich zum LkSG abzubauen, z. B. durch den Fokus auf einen risikobasierten Ansatz. Eine Einbettung in die Aktivitäten der Bundesregierung zum Bürokratieabbau sollte oberste Priorität haben. Die Bundesregierung sollte dazu beispielsweise die LkSG-Umsetzungsvorgaben entschlacken, keine neuen bürokratischen Umsetzungsvorgaben erlassen sowie eine Positivliste für Staaten mit hohem Schutzniveau einführen.

Weiteres Ziel der Umsetzung muss sein, ein *level playing field* in Europa zu erreichen und den zeitlich gestaffelten Anwendungsbereich einzuhalten. *Gold Plating* darf es nicht geben. Denn die Umsetzung der europäischen Richtlinie darf nicht zu mehr Bürokratie, Rechtsunsicherheit und letztendlich zum Rückzug europäischer Unternehmen aus Wertschöpfungsketten führen. Dies widerspricht jeglichen Bemühungen nach Diversifizierung und gilt umso mehr vor dem

**Bundesverband der
Deutschen Industrie**

**Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberver-
bände**

**Deutsche Industrie- und
Handelskammer**

im Haus der
Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

**Zentralverband des
Deutschen Handwerks**

Mohrenstraße 20/21
10117 Berlin

Hintergrund, dass der Industrie- und Exportstandort Deutschland weiterhin unter einem erheblichen internationalen Wettbewerbsdruck steht.

Seite
2 von 2

Für Gespräche stehen die Unterzeichner gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Tanja Gönner
Hauptgeschäftsführerin
Bundesverband der
Deutschen Industrie (BDI)



Steffen Kampeter
Hauptgeschäftsführer
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände (BDA)



Dr. Martin Wansleben
Hauptgeschäftsführer
Deutsche Industrie- und
Handelskammer (DIHK)



Holger Schwannecke
Generalsekretär
Zentralverband des Deutschen
Handwerks (ZDH)